

## Jens Kendzia und Arne Jungjohann

# Obamas Klima-GAU?

Der Untergang der Ölplattform *Deepwater Horizon* im Golf von Mexiko hat die größte Ölkatastrophe verursacht, die die Vereinigten Staaten in ihrer Geschichte erlebt haben. Alle Versuche, das Austreten des Öls zu stoppen, sind bislang gescheitert. In der Folge ist nicht nur die Betreiberfirma BP, sondern auch Präsident Barack Obama – der sich nur wenige Wochen vor dem Unglück für neue Öl- und Gasbohrungen vor den US-Küsten ausgesprochen hatte – massiv in die Kritik geraten.

Wie sich diese Umweltkatastrophe auf die Bestrebungen des Präsidenten auswirken wird, ein Klimaschutzgesetz durchzusetzen, ist allerdings offen. In jedem Fall steht die demokratische Klimaschutzagenda vor einer Feuerprobe – vier Monate vor den amerikanischen Kongresswahlen und fünf Monate vor der UN-Klimakonferenz in Mexiko.

Mit dem *American Power Act* des demokratischen Senators John Kerry und des unabhängigen Senators Joseph Lieberman liegt dem US-Senat derzeit ein umfassendes, von Präsident Obama unterstütztes Klima- und Energiegesetz zur Beratung vor. Dieser Gesetzentwurf ist angesichts drohender Verluste der Demokraten im November nicht nur die vorerst letzte Chance für einen legislativen Durchbruch in der US-Klimapolitik. Sein Erfolg oder Misserfolg wird auch darüber entscheiden, mit welcher Rückendeckung aus dem Kongress die amerikanische Delegation nach Mexiko fährt.

Der Regelungszweck des *American Power Act* ist mit seinen fast 1000 Seiten denkbar weit gefasst.<sup>1</sup> Es geht, wie

es im Untertitel des Gesetzes heißt, darum, „die Energiezukunft der Vereinigten Staaten zu sichern, Anreize für die heimische Erzeugung sauberer Energie zu schaffen, Verschmutzung spürbar zu reduzieren und Arbeitsplätze zu schaffen.“ Zu diesem Zweck behandelt das Gesetz so unterschiedliche Materien wie erneuerbare Energien, Atom- und Kohlekraftwerke, Energiesparprogramme für Privathaushalte und Unternehmen, Effizienzstandards für Gebäude und Elektrogeräte, Verkehrsplanung, Elektromobilität und Landwirtschaft.

### Emissionshandel und AKW-Renaissance

Kernstück des Gesetzes ist ein Emissionshandelssystem für Treibhausgase, im amerikanischen Sprachgebrauch als *cap and trade* bekannt. Das Gesetz legt jährlich sinkende Obergrenzen (*caps*) für klimaschädliche Emissionen von Kraftwerken und Industrieanlagen fest und erlaubt den betroffenen Unternehmen, mit den so begrenzten Verschmutzungsrechten zu handeln. Auf diese Weise erhalten Treibhausgase wie Kohlendioxid einen Preis und CO<sub>2</sub>-Einsparungen einen wirtschaftlichen Wert.

Ziel des Klimagesetzes ist, die US-Treibhausgase bis 2020 um 17 Prozent, bis 2030 um 42 Prozent und bis 2050 um 83 Prozent gegenüber 2005 zu reduzieren. Gemessen an dem im Kyoto-Protokoll zugrunde gelegten Basisjahr 1990 nehmen sich die Ziele bescheidener aus: minus 3 Prozent bis 2020, minus 33 Prozent bis 2030. Damit bleibt das Gesetz weit hinter der Forderung des

1 Der Gesetzestext findet sich unter <http://kerry.senate.gov/americanpoweract/pdf/APAbill.pdf>.

Weltklimarates IPCC zurück, die Emissionen der Industriestaaten bis 2020 um 25 bis 40 Prozent zu senken.

Das ist einerseits enttäuschend, zumal der Emissionsrückgang in der Wirtschaftskrise den Spielraum für ehrgeizigere Ziele vergrößert hat. Andererseits lassen sich die klimapolitisch verlorenen Jahre unter Präsident George W. Bush und ein starkes Bevölkerungswachstum nicht einfach ungeschehen machen. Für europäischen Hochmut gibt es ohnehin keinen Anlass: Zum einen ist das 20-Prozent-Ziel der EU für 2020 vom aktuellen Emissionsniveau her betrachtet auch nicht ambitionierter. Zum anderen hat der *American Power Act* zusätzliche Einsparungen in Höhe von zehn Prozent der US-Emissionen durch Maßnahmen zum Schutz der tropischen Regenwälder zum Ziel – eine lobenswerte Vorgabe, die im Gesetz allerdings nicht mit den nötigen Finanzmitteln unterfüttert wird.

Überhaupt können die Emissionshandelspioniere der EU manches von dem US-Gesetz lernen: So schafft die Festlegung der *caps* bis 2050 langfristige Rechts- und Planungssicherheit, die Europas kurze Handelsperioden bislang vermissen lassen. Zudem zieht das amerikanische System eine Preisuntergrenze für CO<sub>2</sub>-Zertifikate ein, um Preisinbrüche ins Bodenlose zu verhindern, wie sie Europa am Ende der ersten Handelsperiode 2007 erlebte. Gleichzeitig sollen strenge Aufsichtsregeln Preisblasen durch Spekulation vorbeugen. Kritikpunkte sind hingegen die großzügige, zu Beginn weitgehend kostenlose Zuteilung der Emissionsrechte an schmutzige Industrien und der enorme Umfang, in dem der *American Power Act* Zertifikate aus Ausgleichsmaßnahmen im In- und Ausland (*offset credits*) als Ersatz für eigene Emissionsminderungen der betroffenen Unternehmen zulassen will.

Für Umweltschützer schwer verdaulich sind auch andere Vorschriften, die dem Gesetz Zuspruch von konservativer Seite sichern sollen. So sind milliar-

denschwere Hilfen für neue Kohlekraftwerke vorgesehen, um die unausgereifte Technologie der Kohlenstoff-Abscheidung und -Lagerung (CCS) zu erproben. Auch für die Atomkraft hält das Gesetz umfangreiche Wohltaten parat: Staatsgarantien im Umfang von 54 Mrd. US-Dollar für den Neubau von Atomkraftwerken, ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren und eine erweiterte staatliche Haftung im Schadensfall. Die Vorschläge kommen einer Wunschliste der US-Atomindustrie gleich, aber auch dem Eingeständnis, dass Atomkraftwerke ohne massive Subventionen nicht wettbewerbsfähig sind. Angesichts der immensen Kosten von AKW-Neubauten ist jedenfalls keineswegs ausgemacht, ob es mit Verabschiedung des Gesetzes zu einem nennenswerten Zubau von Atomkraftwerken in den USA kommt. Bisher musste die vielfach angekündigte Renaissance der Atomkraft noch jedes Mal abgesagt werden.

### Schwierige Mehrheitsbildung

Mit derartigen Zugeständnissen ist es Kerry und Lieberman gelungen, eine breite Koalition hinter ihrem Klimagesetz zu versammeln. Während Greenpeace die Klimaziele als ungenügend kritisiert, unterstützen die meisten Umweltverbände den *American Power Act*. In dieser Haltung treffen sie sich mit vielen wichtigen Unternehmen, die sich von dem Gesetz Rechtssicherheit erhoffen. Darunter sind auch große Energieverbraucher wie der Chemiegigant DuPont, Energieversorger und Ölkonzerne. Zugleich bewerten hochrangige Militärs den Klimawandel zunehmend als Bedrohung der nationalen Sicherheit, und unter den in den USA einflussreichen freikirchlichen Bewegungen mehrten sich die Stimmen, die Klimaschutzmaßnahmen zur Bewahrung der Schöpfung einfordern.

Wer in dieser Koalition fehlt, sind die Republikaner. Der einzige republika-

nische Co-Sponsor des *American Power Act*, Senator Lindsey Graham aus South Carolina, hat seine Unterstützung für das Gesetz zurückzogen, weil die Demokraten der ohnehin vollen politischen Agenda zum Trotz erwägen, parallel zu dem Klimagesetz auch eine Einwanderungsreform auf den Weg zu bringen.

Republikanische Unterstützung jedoch ist für den Erfolg des Gesetzesvorhabens erforderlich. Zwar haben die Demokraten eine satte Mehrheit von 59 Stimmen im hundertköpfigen Senat. Die in ihren Heimatstaaten direkt gewählten Senatoren fühlen sich aber traditionell den Interessen ihrer Bundesstaaten stärker verbunden als der Parteidisziplin. Deshalb ist nicht auszuschließen, dass Demokraten aus Kohlestaaten wie West Virginia, Ölstaaten wie Louisiana oder industriell geprägten Bundesstaaten wie Pennsylvania und Michigan dem Klimagesetz ihre Zustimmung versagen. Hinzu kommt, dass nach den Verfahrensregeln des Senats eine Blockade der Gesetzesberatung (*filibuster*) nur mit einer Mehrheit von 60 Stimmen aufgehoben werden kann. Das bedeutet: Ohne Republikaner geht es nicht, zumal sich im Zuge des beginnenden Wahlkampfs bereits die erste demokratische Senatorin, Blanche Lincoln aus Arkansas, gegen das Gesetz ausgesprochen hat.

Das Gegenstück des *American Power Act* im Repräsentantenhaus konnte letztes Jahr noch mit republikanischer Unterstützung verabschiedet werden. Acht Republikaner verhalfen dort dem Gesetz zur knappen Mehrheit. Doch die seither ausgetragenen Parteikämpfe um Obamas Gesundheitsreform und um die richtige Politik zur Bewältigung der Wirtschaftskrise haben die Fronten zwischen Republikanern und Demokraten verhärtet. Kompromissbereite Abgeordnete müssen deshalb fürchten, für ihre Zusammenarbeit mit dem politischen Gegner von der eigenen Partebasis abgestraft zu werden. Die Folgen dieses Drucks veranschaulicht nie-

mand besser als Senator John McCain aus Arizona. Der früher für seine Unabhängigkeit bekannte Republikaner hatte 2003 das erste Emissionshandelsgesetz in den US-Senat eingebracht und daran auch im Präsidentschaftswahlkampf festgehalten. Inzwischen gehört er indes zu den heftigsten Kritikern des Klimagesetzes.

### Plan B für den Klimaschutz?

Die politische Lage in Washington legt den Schluss nahe, dass das Gesetz in naher Zukunft nicht verabschiedet werden wird – es sei denn, die Ölkatastrophe führt doch noch zu einem Umdenken. Aber auch die Gesundheitsreform – schon jetzt als Meilenstein Obamas in die Geschichtsbücher eingegangen – wurde mehrfach für tot erklärt, bevor sie schließlich doch noch mit knapper Mehrheit verabschiedet wurde.

Sollte das Klimagesetz im Senat scheitern, wäre das ein herber Rückschlag. Dennoch käme in einem solchen Fall der Klimaschutz nicht zum Erliegen. Auch ohne Klimagesetz hat Präsident Obama den Ausbau der erneuerbaren Energien bereits kräftig vorangetrieben. So gehörte die Wiedereinführung von Steuervergünstigungen für Sonnen- und Windenergie, die unter seinem Amtsvorgänger Bush ausgesetzt worden waren, zu seinen ersten Amtshandlungen. Auch das zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise geschnürte Konjunkturpaket forciert den Ausbau der erneuerbaren Energien und der für ihre landesweite Verteilung nötigen modernen Stromnetze. Als Folge erlebten die USA 2009 einen wahren Windenergie-Boom mit 10000 Megawatt neu installierter Leistung, fünf Mal mehr als in der Bundesrepublik. Auch im Verkehrsbereich hat Obama den Klimaschutz mit strengeren Verbrauchsgrenzwerten für Autos und Lastwagen einen Schritt vorangebracht.

Unterhalb der Bundesebene gibt es ebenfalls viele ermutigende Entwick-

lungen. Seit jeher sind Bundesstaaten wie Kalifornien, New York und Massachusetts Trendsetter in der US-Umweltpolitik. Mehr als drei Dutzend Bundesstaaten haben inzwischen Programme zum Ausbau der erneuerbaren Energien aufgelegt. An der Ostküste haben sich zehn Bundesstaaten in der *Regional Greenhouse Gas Initiative* zusammengetan und betreiben seit Januar 2009 ein eigenes Emissionshandelssystem. Die *Western Climate Initiative*, der neben Kalifornien und einigen Bundesstaaten im Westen auch kanadische und mexikanische Provinzen angehören, will diesem Beispiel in Kürze folgen.

Offen ist, was ein Scheitern des Klimagesetzes im Kongress für die internationalen Klimaverhandlungen bedeuten würde. Bislang hat die Regierung unter der Prämisse gehandelt, dass der Kongress in Kürze ein Gesetz verabschiedet, und bis 2020 eine Emis-

sionsminderung um 17 Prozent gegenüber 2005 sowie einen Beitrag für Finanzhilfen angekündigt. Werden die USA ohne ein nationales Gesetz ihre in Kopenhagen gemachten Zusagen widerrufen müssen?

Danach sieht es bislang nicht aus. Abseits des Dramas um den *American Power Act* arbeitet die Obama-Administration an einem Plan B, um in jedem Fall auf internationaler Ebene handlungsfähig zu bleiben. Die Umweltagentur EPA bereitet derzeit eine Regulierung vor, die Emissionsstandards für Kraftwerke und Industrieanlagen auch ohne neue Gesetzgebung auf dem Verordnungswege ermöglicht.

Dennoch gilt: Zu einer echten nationalen Kraftanstrengung, wie sie angesichts der Herausforderung des Klimawandels erforderlich wäre, wird es nur auf der Grundlage eines neuen Gesetzes kommen können.

Siegfried Knittel

## Südkoreas Arroganz, Nordkoreas Rache

Die Versenkung der südkoreanischen Korvette Cheonan durch einen nordkoreanischen Torpedo hat die gefährlichste Krise auf der koreanischen Halbinsel heraufbeschworen, seit Präsident Clinton 1994 damit drohte, die nordkoreanischen Atomanlagen zu bombardieren. Nach acht Jahren „Sonnenschein-Politik“ scheinen die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea fast wieder so verfeindet zu sein wie in den 80er Jahren. 1983 verübte das nordkoreanische Regime auf den damaligen Präsidenten Südkoreas, Chun Doo Hwan, ein Attentat, als dieser sich zum Staatsbesuch in Burma befand. Dabei wurden 17 Menschen getötet.

Und 1987 brachte Pjöngjang eine Maschine der Korea Air mit einer Bombe zum Absturz, wobei 115 Menschen ums Leben kamen. Vor allem die südkoreanische Opposition fürchtet jetzt ein Wiederaufleben des Kalten Krieges auf der Koreanischen Halbinsel.

Nordkorea streitet derweil die Versenkung der Cheonan durch ein eigenes Unterseeboot vehement ab. Das Land verfüge gar nicht über den in Rede stehenden U-Boot-Typ. Zudem werde die auf dem Torpedo gefundene Aufschrift in Nordkorea nicht verwendet. Allerdings hat Nordkorea auch die Urhebererschaft an dem Anschlag auf die Korea-Air-Maschine von 1987 niemals zugegeben.